

GRÜNER PFEFFER

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Nr. 4 / November 2005

27. November 2005: JA zur „Gentechnikfrei-Initiative“

Gentechnikfrei-Initiative	1-3
Ladenöffnungsgesetz	4
Aus dem Grossen Rat	5
Grüne Riehen	6
„Mais im Bundeshuus“- Veranstaltungshinweis	7
Varia / Infomarkt	8



Ich esse keine «Gen»-Suppe! Nein! Nein, diese Suppe ess ich nicht!

Weit über 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung ist gemäss einerrepräsentativen Umfrage gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Trotzdem stimmten National- und Ständerat gegen ein Moratorium, das die Anwendung von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft für fünf Jahre verbieten wollte. Dass beide Räte in einer solch wichtigen Frage gegen den Willen einer überwältigenden Mehrheit des Volkes entschied, ist äusserst bedenklich. Dass daraufhin die Gentechnikfrei-Initiative lanciert wurde, über die nun abgestimmt wird, war eine Notwendigkeit. Die Grüne Partei war von

der ersten Stunde weg dabei und half mit, die notwendigen Unterschriften in Rekordzeit zu sammeln. Diese Abstimmung gibt uns nun die Möglichkeit unseren Willen zu naturnaher und vielfältiger Landwirtschaft und Ernährung kund zu tun. Dafür braucht es die Zustimmung einer grossen Mehrheit der ganzen Bevölkerung.

weiter auf Seite 3



P.P.

4001 Basel

Mutationen an:
Grüne Partei BS
Postfach 1442
4001 Basel



Evelyn Stucki,
Grüne Basel-Stadt
Gentechfrei Regionalgruppe
Beider Basel

Sonntag 13. November
„Mais im Bundeshuus“
Filmvorführung mit anschlies-
sender Diskussion mit u.a.
Maya Graf
 15:00 - 18:00 Borromäum am
 Byfangweg 6
 (mehr Infos auf Seite 7!)

Gentech food - no way!

Am 27. November kommt die Gentechfrei-Initiative zur Abstimmung. Die Chancen für ein Volks-JA stehen besser denn je.

Das äusserst knappe Nein des Nationalrates zur Gentechfrei-Initiative zeigt es klar und deutlich: Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel haben in der Schweiz keine Chance.

Die Initiative fordert ein fünfjähriges Gentech-Moratorium für die Schweizer Landwirtschaft und Tierzucht. Die Medizinal-, Pharma- und Biotechnologiebranchen sind von der Initiative nicht betroffen.

Wir wissen noch immer zu wenig über die gesundheitlichen und ökologischen Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft. Wie reagiert unser Organismus auf diese Nahrung? Eventuell auftretende gesundheitliche Auswirkungen sind noch nicht langfristig erforscht. Einmal angebaute, gentechnisch veränderte Pflanzen können sich durch Samen ausbreiten und ihre gentechnischen Eigenschaften via Pollen an wilde Pflanzen weitergeben. Aus dem Feld entwichen, können transgene Pflanzen und ihre neuen Gene nicht mehr aus der Umwelt entfernt werden.

Die Schweizer Landwirtschaft steht für natürliche und qualitativ hochstehende Lebensmittel mit Tradition. Auf den internationalen Märkten kann sie aber mit ihren Preisen kaum mithalten. Wie die Schweizer Industrie muss sich deshalb auch die Schweizer Landwirtschaft auf dem Markt Nischen suchen. Gentechfrei Lebensmittel werden schon in Kürze solche Nischenprodukte darstellen. Wenn die Schweiz jetzt Gentechnologie in der Landwirtschaft zulässt, vergeblich sie sich jedoch diese Chance ein für allemal.

Die Grüne Partei der Schweiz gehört zur Trägerschaft der Initiative und setzt sich, mit vielen weiteren Umweltorganisationen, Verbänden, Parteien, Politikerinnen und Politikern für eine umwelt- und tiergerechte und damit zukunftsfähige Schweizer Landwirtschaft ein.

Gentech food no way! - Umweltfreundlich, naturnahe biologisch produzierte Nahrungsmittel sind in! Daher ein überzeugtes und kräftiges **JA** am 27. November 2005!

Evelyn Stucki
Grüne Basel-Stadt

Impressum
 Nr. 4 / November 2005

Herausgeberin:
 Grüne Partei Basel-Stadt
 Postfach 1442
 4001 Basel
 Telefon/Fax 061/383 98 33
 E-Mail: bs@gruene.ch
 Internet: <http://www.gruene.ch/bs>
 PC 40-19338-4

Erscheint 4 mal jährlich
 Abo: Fr. 25.- (für Mitglieder
 im Jahresbeitrag inbegriffen)
 Redaktion und Gestaltung:
 Eveline Rommerskirchen,
 Harald Friedl
 Druck:
 Rumzeis, Basel



Fortsetzung von Seite 1

Dass dieses Moratorium notwendiger ist denn je, zeigt sich an den weltweiten Entwicklungen in der Landwirtschaft. In Gegenden, in denen gentechnisch veränderte Organismen schon seit einiger Zeit angewandt werden, zeigen sich schon erste negative Folgen. So weisen Studien darauf hin, dass die Artenvielfalt von Insekten und Pflanzen in Gebieten mit Gentechanbau abgenommen hat.

Es wurden auch schon in Unkräutern Gene nachgewiesen, die in Nutzpflanzen implantiert wurden, um diese unempfindlicher gegenüber bestimmten Pestiziden zu machen. Dass dies einen höheren und noch giftigeren Pestizidbedarf nach sich zieht, liegt auf der Hand.

Auch wenn der Nutzen der künstlich veränderten Pflanzen z.T. sehr umstritten ist, man denke z.B. an die ETH Feldforschung, wo bloss 10% Resistenz nachgewiesen wurde, lassen sich Gentechanbieter und Forscher nicht davon abhalten uns alle erdenklichen Vorteile weis zu machen. Unter dem Deckmantel der Humanität werden Eigenschaften der «neuen» Pflanzen propagiert, die den Welthunger zum verschwinden bringen sollen. Dabei ist es offensichtlich, dass es darum geht, alte und erfolgrei-

che Züchtungen zu konkurrenzieren und schlussendlich die Landwirtschaft zu monopolisieren, dies vor allem in Drittweltländern.

Dass die Pollen und Samen von Gentechpflanzen nicht vor dem Acker des Nachbarn halt machen, leuchtet uns allen ein. Gerade die Vermischung und Ausbreitung von gentechnisch veränderten Organismen in die traditionelle Landwirtschaft ist Absicht und wird sogar von Staaten forciert. Die schleichende Verseuchung der Landwirtschaft durch gentechnisch veränderte Organismen soll den Widerstand der Konsumenten brechen und die Akzeptanz erhöhen. Man hört es schon von verschiedenen Seiten, Aussagen wie: man kann den Nahrungsmitteln nicht mehr trauen, da man ja den Pflanzen nicht ansieht, ob sie gentechnisch verändert sind. Und wer kann schon kontrollieren ob das was draufsteht auch wirklich drin ist. Genau das ist das Problem. Gentechnisch veränderte Pflanzen können nicht total isoliert produziert und gehandhabt werden. Der Aufwand für die separate Veredelung ist sehr teuer und würde die Chancen für die Produkte unserer Bauern noch mehr schmälern. Die Folge davon ist, dass man die Waren nicht mehr



Harald Friedl,
Vorstand Grüne Basel-Stadt

als Gentechfrei deklarieren kann und damit die Gentechfirmen freie Hand bekommen. Die schweizer Politik schätzt also wieder mal die Interessen einiger global operierender Firmen höher ein als die unserer Bevölkerung. Mit dieser Abstimmung können wir diese Entwicklung vorerst bremsen. Diese Chance müssen wir nutzen und die Schweiz zumindest in den nächsten 5 Jahren Gentechfrei erhalten.

Harald Friedl
Vorstand Grüne Basel Stadt

Fakten zur Bedeutung der Gentechnik in der Forschung

Forschungsplätze Agro-Gentechnik in der Schweiz

Gemäss *BioFokus* (Nr. 70 / 2005) sorgt die **Gentech-Forschung** in der Schweiz für 254 Vollzeitstellen im nichtmedizinischen Bereich. In Relation zu den total 25'808 Forscherstellen der Schweiz (BFS, F+E Statistik 2000), machen diese somit **nur 1 %** aller Stellen in der Forschung aus.

Forschungsplätze mit Gentechnik an der ETH

An der ETH Zürich existieren laut *BioFokus* (Nr. 70 / 2005) 37 Stellen in der Gentechforschung. In den Bio-relevanten Departementen (Chemie und angewandte Biowissenschaften, Biologie, Umweltwissenschaften und Agrar- und Lebensmittelwissenschaften), weist die ETH insgesamt 1663 Vollzeitstellen aus. **Forscherstellen mit Gentech-Projekten** machen also **nur ca. 2 %** aus.

Biotechnologie umfasst mehr als den Bereich Gentechnologie

Biotechnologie ist ein Oberbegriff für Bioverfahrenstechnik und Gentechnologie. Gentechnik ist das Resultat der Entwicklung einer Technik für die genetische Manipulation. In der Diskussion um Arbeits- und Forschungsplätze ist zu beachten, dass die Bereiche Biotechnologie und Gentechnologie nicht deckungsgleich sind. Unter die Biotechnologie fallen alle technischen Prozesse mit biologischer Materie (z.B. die Fermentation). Diese haben zum Teil eine Jahrhunderte alte Tradition (Brauen, Käsen usw.). Der Begriff Gentechnologie hingegen kann nur für jene Anwendungen verwendet werden, bei welchen ein technischer Eingriff in die Erbsubstanz vorgenommen wird.

Daniel Ammann, Herbert Karch / Statistik-Recherche: Simon Minnig 2005-09-23

Zur Abstimmung vom 27. November über die Änderung des Arbeitsgesetzes

Konsumfreie Zeit – ein Stück Lebensqualität!

Bis anhin können an Bahnhöfen während der verlängerten Öffnungszeiten nur Produkte verkauft werden, die in einem sachlichen Zusammenhang zum Bahnverkehr stehen: Lebensmittelgeschäfte dürfen eine Grundfläche von 120 m² nicht überschreiten, andere Läden sind auf 70 m² beschränkt. Gewisse schon heute am Sonntag geöffnete Läden profitieren hinsichtlich Warensortiment und Ladengrösse von Ausnahmegewilligungen, welche jedoch offenbar nur bis zur Abstimmung über die Gesetzesrevision gelten.

Neu sollen in grossen Zentren des öffentlichen Verkehrs, namentlich in wichtigen Bahnhöfen und Flughäfen, Verkaufsläden ohne Einschränkung des Sortiments und der Grösse sonntags bis 23 Uhr geöffnet sein dürfen. Bei der Frage, ob der Nationalrat auf die Gesetzesrevision des Arbeitsgesetzes eintreten soll, war die Grüne Fraktion in Bern gespalten: die Erweiterung der Sonntagsarbeit in Verkaufsbetrieben an Bahnhöfen bedeutete für die einen von Anfang an nichts anderes als den ersten Schritt zur generellen Sonntagsarbeit. Die anderen sahen in der Vorlage eine Chance für den öffentlichen Verkehr: werden Bahnhöfe zu belebten Zentren, so steigt die Attraktivität von Bus und Bahn. Die Vorlage ist aus grüner Sicht also zweischneidig. In der Schlussabstimmung hat die Grüne

Fraktion die Vorlage dann aber doch einstimmig verworfen. Dies liegt wohl nicht nur daran, dass der Minderheitsantrag, wonach die Sonntagsarbeit in den Bahnhöfen an die Bedingung eines Gesamtarbeitsvertrags zu knüpfen wäre, im Parlament keine Chance hatte. Es macht vielmehr den Anschein, dass sich bei der Beratung der Vorlage der Geist von Deregulierung, Kommerz und Konsum in einem Mass breit gemacht hat, dass es den Grünen einfach wieder mal abgelöscht hat.

Die Aussicht auf erweiterte Konsumfreiheit an Bahnhöfen und Flughäfen lässt eben auch Fragen aufkommen: Muss man sich am Bahnhof neben dem Buch und dem Weggli für die Reise im Zug wirklich auch einen Staubsauger oder ein Bett kaufen können? Ein konsumfreier Tag pro Woche, liegt nicht vielleicht auch darin eine gewisse Lebensqualität? Wie viel Geld haben die Leute überhaupt im Portemonnaie und wie oft können sie dieses ausgeben?“ Die negativen Punkte dieser Vorlage überwiegen die Vorteile bei weitem. Der Vorstand der Grünen Schweiz hat darum der Delegiertenversammlung - ohne Gegenstimme, aber mit einigen Enthaltungen - die Nein-Parole empfohlen. Der Vorstand der Grünen Basel-Stadt hat in einer Abstimmung geschlossen die NEIN-Parole zur Änderung des Arbeitsgesetzes beschlossen.



Der Velokonvoi am 22. September, dem Aktionsstag „Clever unterwegs“ wurde durch viele Autos gestaut. Ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit solcher Aktionen.

Aus dem Grossen Rat

Ja zur Wieseninitiative

Die Wieseninitiative fordert Massnahmen zum Schutz der Naturgebiete entlang der Wiese, um diese als natürlichen Lebensraum von wildlebenden Pflanzen und Tiere sowie als Naherholungsgebiet für die Anwohnerinnen und Anwohner aus Deutschland und der Schweiz zu erhalten.

Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass sie den Bau der Zollfrei-Strasse auch bei einer Annahme nicht verhindern kann. Sie geht davon aus, dass der Staatsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland höher zu gewichten ist, als das später abgeschlossene Berner Artenschutzabkommen. Demgegenüber steht ein Gutachten von Rechtsprofessor Beyerlin, welches das Artenschutzabkommen stärker gewichtet.

So oder so, wird die Wieseninitiative vom Volk angenommen und davon bin ich überzeugt, so deklariert die Basler Bevölkerung klar, dass ihr diese Naherholungszone wertvoll ist. Ob die Strasse damit verhindert werden kann ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Sicher ist, dass während und nach dem Bau einer allfälligen Strasse dem Wunsch des Stimmvolkes Rechnung getragen wird, das heisst, die Natur so sorgsam wie möglich behandelt und renaturiert werden muss.

Wir dürfen auch die Deutsche Bevölkerung nicht unterschätzen. Frau Heute-Blum propagiert der Lörracher Bevölkerung die Renaturierung der Wiese auf deutschem Gebiet. Vielleicht ist sie doch zu einem Kompromiss bereit und gibt sich mit einer kleineren Verbindungsstrasse zufrieden, welche weniger Schaden anrichtet und auch im Bau und Unterhalt kostengünstiger ist. Immerhin gibt es hierfür ein Gutachten vom deutschen Verkehrsexperten Hans Henning von Winning, welcher die geplante Strasse als überproportioniert und in dieser Form als unnötig erachtet.

Die jüngsten Ereignisse nach den starken Regenfällen in der Schweiz und Europa, die grossflächig überfluteten Ländereien, Dörfer und Städte,

Solidaritätsstiftung

In den kommenden Monaten werden die Erträge aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes auf die Kantone verteilt. Auf Basel-Stadt entfallen rund Fr. 200 Millionen. Am 22. September 2002 stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz über die AHV-Goldinitiative und den Gegenvorschlag des Parlaments ab. Der Gegenvorschlag sah vor, einen Drittel des Ertrags an die AHV zu überweisen, einen Drittel auf die Kantone zu verteilen und mit dem letzten Drittel die Solidaritätsstiftung zu finanzieren. Beide Vorlagen wurden vom Souverän abgelehnt. In Basel-Stadt hingegen stimmte eine Mehrheit von 53.4 % für den erwähnten Gegenvorschlag. Wir wissen, dass Basel-Stadt mit seinen Finanzen sorgsam haushalten muss, halten aber gleichzeitig fest, dass unser Kanton ein reicher Kanton ist, dem ein Zeichen der Solidarität

haben gezeigt, dass mit Wasserläufen und Rutschhängen sorgsam umgegangen werden muss. Nach wie vor gibt es verschiedene Gutachten welche belegen, dass der Strassenbau eine negative Wirkung auf die Festigkeit des Schliffs und somit auch auf unser Grundwasser hat.

Wir sind überzeugt, dass die Regierung die im Vertrag vorgesehene Möglichkeit der Neuverhandlungen bei veränderten Gegebenheiten nicht ausgeschöpft hat. In den letzten 30 Jahren hat sich das Klima, die Strassenprojekte in Deutschland und der Schweiz und die Bedeutung der Grenzen grundlegend verändert und es wurde das Artenschutzabkommen unterzeichnet.

Unbegreiflich, dass sich im Grossen Rat keine Mehrheit für die Wieseninitiative einsetzte.

Wir Grünen sind überzeugt, dass die trinationale Zusammenarbeit nicht leidet, wenn man versucht, nochmals an einen Tisch zu sitzen und sowohl für Mensch und Natur das Beste herauszuholen.

Anita Lachenmeier-Thüring

mit den Ärmsten dieser Welt gut anstehen würde.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist weltweit nach wie vor enorm. Das Grüne Bündnis regte daher an, die Idee einer Solidaritätsstiftung, wie sie damals vom Bundesrat vorgeschlagen worden ist, auf kantonaler Ebene wieder aufzugreifen und einen Teil aus dem Erlös des Nationalbankgoldes für eine Basler Solidaritätsstiftung zu verwenden. Unser Kanton könnte damit einen kleinen Beitrag zur Überwindung der weltweiten Armut leisten, ohne dass die Staatskasse zusätzlich belastet würde.

Es ist zu bedauern, dass der Grosse Rat diese Motion von Urs Müller wegen zwei Stimmen Unterschied nicht an die Regierung zur Prüfung überwies.

Anita Lachenmeier-Thüring

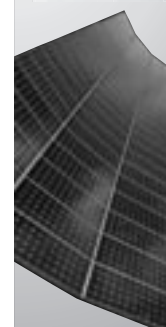
W E R B U N G

XXL

Die Preise für
Öl, Gas, Wasser etc.

XXS

Die Preise für
unsere Solaranlagen +
Regenwassernutzung!



- Kompaktanlagen für Brauchwasser
- Solaranlagen für Heizungsunterstützung + Schwimmbaderwärmung
- Pelletöfen für Luft + Wasser
- Regenwasser für Haus + Garten
- Solarstrom für Netzeinspeisung
- Solarstrom für Batterieladung



HOLINGER SOLAR
4415 BURENDORF
T 061 923 93 93
F 061 921 07 69

wattwerk.ch
holinger-solar.ch
info@holinger-solar.ch

Europäischer
Solarpreis 2004



Grüne Riehen

Einwohnerrat

Die „neue“ alte Vorlage zur **Sanierung des Grenzacherweges** wurde angenommen mit Gegenstimmen und Enthaltungen von Grünen, SP und LDP. Das Besondere an der Vorlage ist, dass sie nichts neues enthält, das die alte, rein technische, auf die nicht eingetreten wurde, nicht schon enthalten hätte. Das einzig neue wäre der Flüsterbelag gewesen, welcher aber, weil nur Augenwischerei, auch mit Hilfe unserer Stimmen gestrichen wurde. Weil Lärmgrenzwerte überschritten sind, wurde in einem separaten Anzug die Prüfung eines Lastwagenverbots Gefordert.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass ein **Gesamtverkehrskonzept** für Riehen erarbeitet wird. Unsere Vorstellungen für den Grenzacherweg sind, dass Riehen in Zukunft keine 2. Durchgangsbahn braucht und dass der Grenzacherweg zur Tempo 30-Zone wird (Lärmreduzierung, Beruhigung, sicherer und erst noch billig). Zudem sollten die gefährlichen Stellen und Kreuzungen für Fussgänger und Velofahrerinnen verbessert werden.

Erschwerend für die Riehener Verkehrspolitik ist, dass der Entscheid für oder gegen die Zollfreistrasse noch nicht gefallen ist und konstruktive Gespräche deshalb schwierig sind.

Die Interpellation (Marianne Hazenkamp) zur Frage, ob der direkte **S-Bahn-Anschluss** an den Bahnhof Basel SBB nun wie versprochen auf Ende 2005 zu stehen kommt, wurde mit einem Nein beantwortet: Verschiebung um ein Jahr, dafür im 30 Min. Takt.

An der Oktobersitzung des Einwohnerrats wird die **Kommunalisierung der Primarschulen und Tagesbetreuung** diskutiert. Dies wird eine heisse Diskussion geben, über die noch weiteres gelesen werden kann. Zudem werden die Anzüge **«Verkehrssarmes Stettenfeld und Gewerbezone in Riehen Süd»** (Rita Altermatt) und **«Friedwald in Riehen»** (Marianne Hazenkamp) diskutiert.

Marianne Hazenkamp
Einwohnerrätin Riehen

Gemeinsame Erklärung der Grünen Riehen und Lössrach

Unter dem Titel „Nachhaltige Siedlungsentwicklung im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet am Beispiel Lössrach-Stetten und Riehen-Stettenfeld“ trafen sich am 27. September ca. 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer gemeinsamen Begehung des Grenzgebiets.

Die Grünen in Riehen und in Lössrach begrüssen den vom Riehener Gemeinderat Niggi Tamm und vom Lössrach Stadtbaudirektor Klaus Stein erwähnten **regelmässigen Austausch** auf Behördenebene in Fragen der Siedlungsentwicklung und Bauleitplanung. Dieser Austausch soll sich nun auch auf die politische Ebene ausdehnen - weitere Treffen der Grünen aus Lössrach und Riehen sind geplant.

Bei der grenzüberschreitenden Exkursion äusserten zahlreiche schweizerische Teilnehmer, dass sie «schockiert» über die massive Bebauung des Hangs im Baugebiet Maienbühl seien. Die Planung bisher unbebauter Gebiete sollte schrittweise und mit

ständiger Beteiligung der Bevölkerung erfolgen, denn nur wenn **Planen und Bauen als Prozess** gesehen wird, können lebendige Quartiere und Stadtteile mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen. Die Planung muss eine Gesamtsicht sein, welche nach heutigen Gesichtspunkten eine verkehrssarme Erschliessung beinhaltet und nach ökologischen Massstäben zu erfolgen hat.

Die Schaffung und Erhaltung von grosszügigen Freiräumen und Grünzonen innerhalb der städtischen Agglomeration Riehen-Lössrach-Basel ist für die Lebensqualität im Stadtraum und damit im alltäglichen Lebensumfeld eine der wichtigsten Grundlagen, so die Einschätzung der Grünen beidseitig der Grenze. Zwar liegt das Stettenfeld in der Bauzone, dennoch sehen die Grünen Riehen nur eine zurückhaltende Bebauung als realistisch. Für jede zusätzliche Versiegelung des Bodens und Zurückdrängung von Grünzonen, sollten denn auch Ersatzmassnahmen geplant sein.

Dr. Marianne Hazenkamp-von Arx
Präsidentin Grüne Riehen

Cornelia Eitel
Stadträtin Lössrach Gemeinderat

W E R B U N G



Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 80 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeier-maler.ch

Lachenmeier-Maler

Renovieren mit Weitsicht!

Gentechnikfrei-Initiative

Stimmen sie **JA** am 27. November!

Filmnachmittag mit anschliessender
Diskussion

Sonntag, 13. November 05, 15:00 Uhr
Vorführung des Kinofilms
„Mais im Bundeshuus“ im kleinen Saal des
Borromäums am Byfangweg 6.

Anschliessende Diskussion
mit Maya Graf (Nationalrätin, Grüne) und
Josef Kunz (Nationalrat, SVP)



Das Borromäum am Byfangweg 6 ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen mit Tram Nr. 6, Station Holbeinstrasse. Von dort sind es zu Fuss weniger als 5 Minuten.

! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia !**Interna & Neuigkeiten**

Stephanie Ehret ist aus gesundheitlichen Gründen aus dem Grossen Rat zurückgetreten. An ihre Stelle rückte Thomas Grossenbacher nach.

Stefan Grossenbacher wiederum hat die Stadt verlassen und ist ins Baselbiet gezogen. Gleichzeitig ist er aus dem Vorstand der Grünen Basel-Stadt ausgetreten.

Wir danken beiden recht herzlich für ihre geleistete Arbeit.



Seit Oktober 2005 neuer Grüner
Grossrat
Thomas Grossenbacher

Parolen der Grünen Basel-Stadt

Eidgenössische Abstimmungen vom 27. November:

JA zur Gentechfrei-Initiative

(Siehe auch auf Seiten 1-3 und 7)

NEIN zur Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten an Bahnhöfen und Flughäfen)

(Siehe auch auf Seiten 4)

Kantonale Abstimmung vom 27. November:

JA zur neuen Elisabethenanlage

Die Grünen Basel-Stadt unterstützen diese Vorlage. Obwohl wir lieber in neue Grünflächen investieren, sind auch Investitionen in bestehende Grünflächen wichtig.

Termine

Samstag 5. und 12. November
Mobile Standaktionen zur
Gentechfrei-Initiative

13:00-16:00 in der Innenstadt! Mitläufer sind erwünscht. Interessierte melden sich bei Kathrin Giovannone

Sonntag 13. November
„Mais im Bundeshaus“ - Film-
vorführung. Anschliessende
Diskussion mit Maya Graf
15:00 - 18:00 Borromäum am
Byfangweg 6
(mehr Infos auf Seite 7!)

!TERMIN JETZT RESERVIEREN!
Sonntag 8. Januar 2006, 17:30
Neujahrs-Apéro
Alle sind herzlich eingeladen
Galerie Zangbieri, Klingental 17

Die aktuellsten Termine immer unter
www.gruene.ch/bs

**Ich interessiere mich für die Grünen Basel-Stadt**

- **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.-- für Verdienende, 50.-- für Nichtverdienende
- **Ich will SympathisantIn werden!** Jahresbeitrag für alle Fr. 60.--
- **Ich möchte SpenderIn werden!** Vielen Dank.
- **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
Bestellen per Fax:
Bestellen per E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Postfach 1442, 4001 Basel
061 / 383 98 33
bs@gruene.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene.ch/bs

